

Ihr/e Gesprächspartner/in: Stefanie Jung, Marc Knülle, Martin Metz

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB, 2, 4, ,9, SD, RPA

Federführung: 4

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 7.12.2015 Holl.

Antrag

Datum: 07.12.2015

Drucksachen-Nr.: 15/0377

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

09.12.2015

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Antrag zu TOP 7.16 „Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 sowie Feststellung des Jahresabschluss und Entlastung des Bürgermeisters“, Drucksache 15/0344

Beschlussvorschlag:

Der ausgedruckte Beschlussvorschlag wird um folgenden 4. Punkt ergänzt:

4.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis des Jahresprüfungsberichts 2014 wird die Verwaltung beauftragt, kurzfristig mit dem Aufbau eines Früherkennungssystems für den Bereich Asyl mit Unterstützung der örtlichen Rechnungsprüfung zu beginnen und im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Rat über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Im Berichtsband 1 des Jahresprüfungsberichts 2014 geht die örtliche Rechnungsprüfung detailliert auf das Thema Ausbau eines Risikofrüherkennungssystems ein. In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 01.12.2015 wurde unter anderem über das bundesweite KGSt-Projekt zum Thema Asyl / Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen berichtet. Ferner wurde von der örtlichen Rechnungsprüfung empfohlen, in diesem Bereich mit dem Aufbau eines Risikofrüherkennungssystems zu beginnen.

Um Risiken systematisch aufzeigen zu können, ist ein strukturiertes Risikofrühwarnsystem erforderlich. Dies erleichtert geeignete Gegenmaßnahmen rechtzeitig zu ergreifen, um vorgegebene Ziele zu erreichen.

Gerade die Herausforderung, zahlreiche Flüchtlinge in kurzer Zeit in Sankt Augustin unterzubringen und zu versorgen, ist nur in einem strukturierten Verfahren möglich. Dazu gehört auch eine Abschätzung der Auswirkungen von Entscheidungen, z. B. Standorte und Größe und Qualitätsstandards von Einrichtungen.

Ferner ist die Frage von Kostenentwicklungen sowie Kostenerstattungen ein zentrales Thema. Dazu gehört u. a. die Dokumentation von Ausgaben, die Bewertung der vorliegenden Angebote für die Unterbringung und Versorgung aber auch Anträge auf Kostenerstattung für die in Vorlage geleisteten Ausgaben.

Ebenso müssen sämtliche Konzepte miteinander vernetzt und dann einer Bewertung unterzogen werden, das betrifft sämtliche Fachbereiche, die mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu tun haben.

Das von dem RPA erstellte Konzept ist hierfür eine geeignete Grundlage, um in der Verwaltung mit einer Risikobewertung und Risikoerfassung zu beginnen. Eine Beratung und Unterstützung der KGSt werden als hilfreich angesehen.

gez. Stefanie Jung

gez. Marc Knülle

gez. Martin Metz